

Pressemitteilung

Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist wichtig – unabhängig von der Betriebsgröße!

Berlin, 04.12.2014 Zur heutigen abschließenden Lesung des Gesetzentwurfs zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im Deutschen Bundestag erklärt Christiane Reckmann, Vorsitzende des Zukunftsforum Familie e.V.:

„Das ZFF begrüßt die Weiterentwicklung des Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetzes. Beschäftigte werden damit bei der individuellen Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf monetär aber auch zeitlich unterstützt. Vor allem die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Familienpflegezeit und einer Lohnersatzleistung (Pflegeunterstützungsgeld) für die kurzfristige Arbeitsverhinderung setzen neue Impulse. Gut ist auch, dass die 10-tägige Lohnersatzleistung nicht am Stück genommen werden muss und von mehreren Angehörigen in Anspruch genommen werden kann.

Kritisch sehen wir jedoch, dass der Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit durch einen kurzfristigen Änderungsantrag jetzt nur noch für Betriebe mit mehr als 25 Beschäftigten gelten soll. Dies ist eine Verschlechterung zum ursprünglichen Gesetz mit dem Schwellenwert von 15 Beschäftigten. Vor allem Frauen arbeiten größtenteils in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und profitieren damit nicht vom Rechtsanspruch. Um pflegende Angehörige in KMU dennoch zu unterstützen, sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den Sozialpartnern einfallsreiche Lösungen entwickeln. Hierfür könnte ein staatliches Modellprogramm sinnvoll sein.

Für unsere Gesellschaft ist die Pflege alter Menschen genauso wichtig wie die Betreuung und Erziehung von Kindern. Sie muss ebenfalls in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung abgesichert werden. Deshalb fordert das ZFF, die Pflegezeit und (Teile der) Familienpflegezeit als steuerfinanzierte Lohnersatzleistungen analog zum Elterngeld auszugestalten.“

Das ZFF wurde 2002 auf Initiative der Arbeiterwohlfahrt gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Für das ZFF ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. Neben Gliederungen der AWO sind dort unter anderem die Bundesvereinigung der Mütterzentren, der Progressive Eltern- und Erzieherverband (PEVNW) und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Elterninitiativkindergärten organisiert. Seit 2009 setzt sich das ZFF im Rahmen des Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG für eine Kindergrundsicherung in Höhe von 536 Euro ein. Weitere Informationen unter www.kinderarmut-hat-folgen.de.

Kontakt:	Barbara König, Geschäftsführerin info@zukunftsforum-familie.de Tel.: 030 2592728-20, Fax: 030 2592728-60
Weitere Informationen:	www.zukunftsforum-familie.de